V2 Klimaschutz-Akteure in Verbänden, Energiegenossenschaften, Kommunen und Stadtwerken stärken!

Antragsteller*in:	Fabian Czerwinski (KV Vorpommern-Rügen)
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Der globale Klimawandel stellt eine Krise beispiellosen Ausmaßes dar. Die negativen Folgen des Klimawandels werden aller Wahrscheinlichkeit nach das bei weitem übersteigen, was wir uns heute unter Extremwetterereignissen, Flucht und Migration, Hunger und Artensterben vorstellen können. Zugleich haben wir in diesem Jahrzehnt noch die letzte Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen.

Wenn wir unseren Kurs ändern und bis spätestens 2030 drastische Änderungen umgesetzt haben, werden wir das schlimmste verhindern können; also "nur" ein Ausmaß an globalen Veränderungen, mit denen wir als hier vor Ort und auch weltweit noch leben können.

Deshalb sehen wir Bündnisgrüne uns so dringend wie nie zuvor in der Pflicht zu handeln, um die schlimmsten Folgen unserer Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas zu verhindern. Genauso wichtig und notwendig sind die Reduzierung des Energiebedarfs und der Emissionen mit sofortigen und ehrgeizigen Maßnahmen.

Die Neuauflage der GroKo im Bund stellt mit ihrem Sondierungspapier einen Abgesang nicht nur auf die selbstgesetzten Klimaziele für 2020 dar, sondern drückt sich faktisch auch um die Verantwortung für die Pariser Klimaziele für 2030. Dringend erforderliche konkrete Sofortmaßnahmen werden vertagt und auf Kommissionen verlagert – eine solche reine Bekenntnispolitik reicht für den Klimaschutz nicht aus.

Die Bemühungen von Seiten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sind aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen zu zaghaft. Die Landesregierung scheint sich nicht einmal ihrer Vorbildfunktion gegenüber Bürger*innen und Unternehmen bewusst. Ihre eigenen Projekte zum Klimaschutz bleiben zu oft am Modellcharakter verhaftet. In ihrer Antrittsrede verlor Ministerpräsidentin Schwesig kein einziges positives Wort zu Notwendigkeit und Chancen der Energiewende, sondern erwähnte alleine deren Probleme. So findet keine Verknüpfung der nachhaltigen Entwicklung unseres Landes mit Klimaschutz statt.

Sowohl Bundes- als auch Landesregierung erkennen nicht, dass Klimaschutz und Energiepolitik grundlegende Handlungsfelder der Daseinsvorsorge sind – und sie verweigern sich dem wachsenden Kreis von Akteur*innen, die im Klimaschutz aktiv sind: Stadtwerke, die mutig und nachhaltig in ihre Wärmeproduktion investieren, Naturschutzverbände, die klimaneutrale Küstenschutzmaßnahmen anstoßen, und Energiegenossenschaften, die den Einstieg in den erneuerbaren Verkehr maßgeblich vorantreiben.

Als Bündnis 90/Die Grünen wollen wir weiterhin gemeinsam und im engen Austausch mit diesen mutigen Akteuren aktiv für mehr Klimaschutz und die Erfüllung der Pariser Klimaziele gesellschaftliche Mehrheiten organisieren und Räume für aktives Handeln schaffen.

Unterstützer*innen

Sally Raese (KV Vorpommern-Rügen); Johann-Georg Jaeger (KV Rostock); Helge Kramer (KV Mecklenburgische Seenplatte); Tobias Lerche (KV Rostock); Johannes Kalbe (KV Rostock)